

Politische Sprachkultur in den Parlamenten

Das Elend parlamentarischer Debatten ...

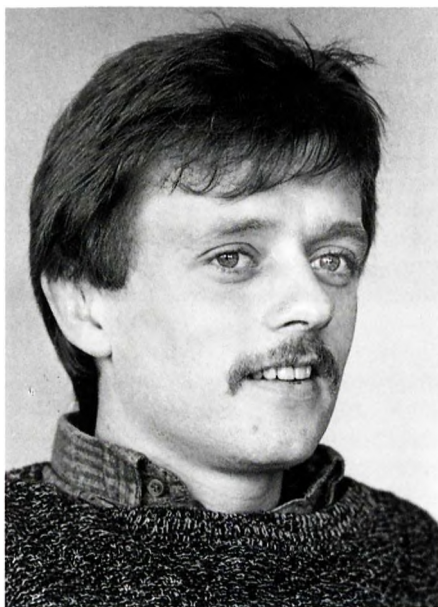
Die vielbeklagte Krise der politischen Kultur hat nicht allein mit dem Glaubwürdigkeitsverlust mancher Parteien im Zusammenhang mit dem Flick-Skandal zu tun, sondern ganz wesentlich auch mit dem Zustand der politischen Kommunikation in der Bundesrepublik. Nicht nur die zahlreichen Schülergruppen, die an Parlamentstagen mehr nolens als volens über die Zuschauertribünen der deutschen Parlamente geschleust werden, klagen über den Umgang, den Parlamentarier miteinander in Reden und Debatten pflegen.

Immer wieder wird das Parlament als Quasselbude bezeichnet. Das bezieht sich keineswegs ausschließlich auf die Frage der Macht bzw. der Ohnmacht der Parlamente. Im Blick ist auch die Art und Weise, wie dort kommuniziert wird. Die Klagen sind ebenso vielfältig wie stereotyp. »Die reden ja gar nicht miteinander«, »Das versteht doch niemand, was da gesagt wird«, »Da kommt doch nichts Neues, da wird doch nur das Altbekannte immer wieder wiederholt«, »Die tun doch nur so, als würden sie miteinander reden – tatsächlich schielen sie doch nur auf die Fernsehkameras oder reden für's Protokoll« etc. etc.

Schuld sind immer die anderen. Den Politikern der einen Partei gelten die der anderen als die Sündenböcke. Viele Politiker machen die Medien für die Probleme verantwortlich. Die Medienmacher ihrerseits waschen ihre Hände in Unschuld und tun sich leicht, genügend Politiker zu finden, die als Prachtexemplare einer Verwilderung der kommunikativen Sitten herhalten können.

Es geht ja schon eigentümlich zu in den Parlamenten. Wer redet da eigentlich mit wem? An wen wenden sich die parlamentarischen Redebeiträge? Wird da überhaupt informiert, argumentiert; wird überhaupt versucht zu überzeugen, durch Reden zu erreichen – etwa ein bestimmtes Abstimmungsverhalten –, was ohne Reden nicht eintreten würde? Kurzum: Handelt es sich nicht um Pseudokommunikation, um Inszenierungen der verschiedenen Parteien und Persönlichkeiten in der Hoffnung, über die anwesenden Journalisten zu einer positiven Außenwirkung zu kommen?

Parlamentarische Kommunikation besteht darin, daß man sich zwar der Form nach an einen bestimmten Adressaten wendet (den politischen Gegner), doch in Wirklichkeit eine breitere, weniger homogene Gruppe von Adressaten meint. Dies ist vergleichbar mit der Interviewsituation in den Medien, wobei allerdings in Parlamenten selten möglich ist, was (gute) Journalisten in Interviews tun können: präzises verständnisicherndes Nachfragen. In vielen Parlamentsdebatten haben Zwischenrufe den Charakter solcher Rückfragen, die verständnisfördernd sein können, jedenfalls dann, wenn der Sprecher darauf eingeht oder eingehen muß.



Fritz Kuhn M. A., von Beruf Sprachwissenschaftler, ist Fraktionssprecher der Grünen im Stuttgarter Landtag

... ein Konstruktionsfehler unserer Demokratie?

Weil ihr der dialogische Charakter fast völlig abgeht, läuft die Parlamentsdebatte zusehends auf Deklamation und bloße Verkündung von Standpunkten hinaus. Die von vielen beklagte Sterilität parlamentarischer Selbstverständnisdebatten hat hier ihren Ursprung, und niemand wird leugnen können, daß Langeweile ein Feind der Demokratie ist.

Die undialogische Verzerrung parlamentarischer Kommunikation hat natürlich auch harte politische Gründe, die mit der Blockbildung im deutschen Parlamentarismus zu tun haben. In einer Situation, in der in den Parlamenten die jeweiligen Regierungs-

parteien konsequent alles niederstimmen, was von den Oppositionsparteien kommt, und umgekehrt, in einer Situation, in der alle Entscheidungen vor der Parlamentssitzung schon festliegen, macht es natürlich wenig Sinn, hier von ernsthaften »Beratungen« zu sprechen. In bundesrepublikanischen Parlamenten herrscht längst das imperative Mandat und zwar keines, bei dem eine demokratische Basis das mandatierende Gremium wäre, sondern das jeweilige Fraktionsmanagement, das diktiert, wann die Arme hochgehen und wann nicht. Auf Argumentation und Überzeugung angelegte Kommunikation ist unter diesen Bedingungen nicht zu erwarten.

Die Prinzipien für sprachliches Handeln ...

So überrascht es denn auch nicht, wenn Prinzipien, die im Alltag Verständigung sichern, im parlamentarischen Raum nach Kräften verletzt werden. Dies gilt für alle wichtigen Maximen einer kommunikativen Ethik: Sei wesentlich! Sei verständlich! Sei wahrhaftig! Ständige Wiederholungen seit Jahren gleichgebliebener Positionen etwa gehören bis zum Überdruß zum parlamentarischen Alltag.

Auch die Maxime der Verständlichkeit wird in Parlamenten häufig verletzt, etwa von Parlamentariern, die sich in bestimmte Sachgebiete eingearbeitet haben und sich dies selbst und ihren Kollegen unter Präsentation einer Mixtur aus Verkürzungen und Fachsprachlichkeit auch zeigen wollen.

Natürlich sind die Parlamente auch Hochburgen der Verletzung des Wahrhaftigkeitsgebots, wobei es nicht nur um das grobe Lügen geht, sondern z. B. um unbelegte Behauptungen und Vorwürfe, um einseitige Pointierungen, euphemistische Redeweisen u. ä.

Fortwährende Verstöße gegen die Grundprinzipien lassen die Verständigung zusammenbrechen. Die Sprache der Politik ist dabei oftmals in Strukturen eingebettet, in denen es nicht eben leicht ist, kommunikative Maximen nicht zu verletzen. Man denke nur an die Schwierigkeit, in einem Kurzinterview von 1½ Minuten Relevantes in verständlicher Weise zu sagen.

Im Grunde genommen müßten sich die Parlamente und die politischen Parteien entscheiden, ob sie politische Schaubühnen mit entsprechender Pseudokommunikation sein wollen oder sich als Orte verstehen, in denen Argumentieren und Überzeugen ernsthaft eine Rolle spielen. Dazu wäre eine Änderung der starren parlamentari-

schen Geschäftsordnungen ebenso nötig wie souveränere, von allen Fraktionen akzeptierte Parlamentspräsidenten. Aber eine Reform kann hier nur greifen, wenn sich die Abgeordneten von den Vorgaben ihrer Fraktionsleitenden ab und an lösen und individuelle Entscheidungen auf der Basis ihrer jeweiligen Programme, der eigenen Vernunft und schließlich auch des eigenen Gewissens treffen.

Werner Holly hat in SPRACHREPORT 2/86 deutlich gemacht, daß politische Kommunikation in den meisten Fällen Inszenierungscharakter hat. Dies gilt nicht allein für Interviews und Podiumsdiskussionen, sondern in Reinform für die parlamentarische Kommunikation. Weil eine auf Verständigung zielende Kommunikation natürlich der legitime Anspruch der zuhörenden oder zuschauenden Öffentlichkeit ist, wird so getan, als wolle man die anderen im Hohen Haus durch Information und Argumentation von etwas überzeugen. Letztendlich geht es den Sprechern jedoch nur darum, für die eigene Position und Person zu werben. Nicht

»Überzeugen von politischen Inhalten« ist der eigentliche Sinn dieser Veranstaltungen, sondern »Überzeugen von sich bzw. dem eigenen Verein«.

... müssen eingefordert werden!

Abhilfe wird nicht von selbst kommen und schon gar nicht von den Politikern. In einer solchen Situation kommt einer politischen Sprachkritik eine besondere Aufgabe zu. Sie könnte auf den Zustand der politischen Kommunikation hinweisen und die Sensibilität und die Einsicht in mögliche Gründe der Misere steigern helfen. Dies hätte mit Sicherheit auch Auswirkungen auf die parlamentarische Kommunikation.

Adressaten einer linguistisch begründeten Sprachkritik sind erst in zweiter Linie die Politiker. Die Aufklärungsarbeit, die Sprachkritiker leisten können, richtet sich in erster Linie an alle, die darauf angewiesen sind, die Politiker zu verstehen, ihre Positionen und Handlungen zu vergleichen und

zu bewerten. Und wer wäre in einer funktionierenden Demokratie darauf letztlich nicht angewiesen?

Die Kultivierung des politischen Sprechens, zu der eine entfaltete Sprachkritik beitragen könnte, stellt in der Praxis nichts anderes dar als eine Kultivierung des politischen Handelns. Bloße Verdrossenheit über das Sprechen der Politiker trägt nicht zu einer Demokratisierung bei. Da mag es schon eher hilfreich sein, wenn Bürgerinnen und Bürger den Politikern aufs Maul schauen und ihnen ab und an entsprechend Bescheid sagen. Schließlich soll es ja auch schon einzelne Politiker geben, die sich in der Sprache der Politik und auch in den Parlamenten an die Grundsätze einer kommunikativen Ethik zu halten versuchen. Und sei es nur, weil die Zahl der Menschen wächst, die die Inszenierungen der Selbstdarsteller durchschauen. Für die Würde des Hohen Hauses mag's dienlicher sein als Krautwatte und dunkler Anzug.

Fritz Kuhn, Tübingen